

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute beraten wir den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2025. Dieser bildet den finanziellen Handlungsrahmen für die Stadt Haltern am See. Wie vom Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes ausgeführt, ist die finanzielle Lage der Stadt äußerst angespannt und eine Lösung in der Mittelfristplanung nicht erkennbar. Es kommt mir vor wie ein bitteres Déjà-Vu. Wir treten wieder in eine Phase der Haushaltsdefizite ein, denn nicht nur dieses Jahr wird voraussichtlich mit einem Defizit von rund 3,44 Mio. € abschließen. Auch im Haushaltsentwurf 2025 wird mit einem Defizit von ca. 5,72 Mio. € geplant. Herr Kämmerer Meussen, Sie wiesen eindrücklich darauf hin, dass in der mittelfristigen Finanzplanung die Ausgleichsrücklage komplett aufgezehrt werden wird. Damit stehen wir an einem Entwicklungspfad ähnlich der Zeit vor Eintritt in den Stärkungspakt im Jahre 2012. Diese Feststellung ist frustrierend, denn wir haben sicherlich alle mit dem seinerzeitigen Stärkungspakt die Hoffnung verbunden, durch den mühevoll erzielten Haushaltsausgleich langfristig wieder finanziellen Gestaltungsspielraum für kommunale Entwicklungen zu erhalten. Dass die Stadt Haltern mit dieser Entwicklung nicht alleine ist, sondern ein Großteil, ca. 83 Prozent der NRW Städte ihre Rücklagen verwenden müssen, ist nur wenig tröstlich. Gleichwohl zeigt dieser Trend, dass die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt zu gering ist und Pflichtaufgaben, die Bund und Land den Kommunen übertragen, nicht auskömmlich gegenfinanziert werden.

Angesichts dieser düsteren Finanzlage erschienen meiner Fraktion die in der letzten Sitzung des HFA angekündigten Pläne zur Runderneuerung des Ratssaals mit geschätzten Gesamtkosten zwischen 150.000 und 200.000 € als nicht angemessen. Ohne Frage sind Mobiliar und Ausstattung des Ratssaals veraltet und nicht mehr modern. Und dennoch ist dieser Saal noch funktional. Deshalb haben wir nachdrücklich dafür geworben, dass im kommenden Jahr zunächst keine Haushaltsmittel für die Erneuerung in Anspruch genommen werden und dass die Verwaltung einvernehmlich mit der Politik darüber entscheidet, wann und in welchem Umfang künftig Renovierungsmaßnahmen erfolgen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stegemann, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie ein solches Vorgehen zugesichert haben.

Die Verwaltung gibt als wesentliche Treiber für das im kommenden Jahr prognostizierte Defizit die um knapp 3 Mio. € gestiegenen Personalkosten, höhere Kosten bei der Unterbringung von Geflüchteten, der Kindertagesbetreuung und den familienersetzenden Hilfen an. Die gesamten familienersetzenden Hilfen werden mit rund 5,3 Mio. € für das kommende Jahr eingeplant, davon entfallen auf die Heimunterbringung ca. 1,6 Mio. €. Meine Fraktion hat die Kostenentwicklung der letzten 10 Jahre nachvollzogen und festgestellt, dass hier ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen ist. Auch die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist in den vergangenen 10 Jahren beinahe um das 10-fache angestiegen und wird für das Jahr 2025 mit ca. 2,7 Mio. € angesetzt. Es ist festzuhalten, dass die Stadt Haltern diese finanziellen Herausforderungen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung meistert.

Weiterführend möchte ich nun den Bereich der freiwilligen Leistungen fokussieren. Bereits seit Jahren fordert meine Fraktion, dass auch nach Auslaufen des Stärkungspaktes fraktionsübergreifend die freiwilligen Leistungen betrachtet werden müssen. In diesem Zusammenhang bin ich den Mitarbeitenden der Verwaltung sehr dankbar, dass im Anlagenband zu diesem Haushaltsentwurf erstmals eine dezidierte Liste der konsumtiven freiwilligen Ausgaben enthalten ist. Diese Auswertung bildet die Basis für weitergehende Betrachtungen. Insgesamt werden freiwillige Leistungen für das Jahr 2025 mit rund 3,6 Mio. € beziffert, wobei der Großteil gesetzlich oder vertraglich gebunden ist und

lediglich ein Volumen von ca. 470.000 € als freiwillige Leistungen im engeren Sinne frei steuerbar sei. In der Gesamtsumme enthalten sind insbesondere die für unsere Stadt und das gesellschaftliche Leben wichtigen und geschätzten Angebote wie Bücherei, Trigon und Musikschule. Damit es kein Vertun gibt: an diesen Angeboten möchten weder meine Fraktion noch ich persönlich rütteln. Diese Leistungen sind zwar nicht gesetzlich als Pflichtaufgabe vorgeschrieben, aber für eine lebenswerte Stadt unersetzlich.

Der Anteil der freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt beträgt ca. 2,75 Prozent, die freiwilligen Ausgaben im engeren Sinne lediglich ca. 0,36 Prozent. Warum sollen Rat und Verwaltung sich also mit diesem Thema eindringlich beschäftigen, wenn ihr Anteil am Haushalt verschwindend gering ist? Das Bild ändert sich, wenn wir die freiwilligen Ausgaben ins Verhältnis zum prognostizierten Defizit setzen: sie machen einen Anteil von rund 63 Prozent aus. Der Anteil der freiwilligen Ausgaben im engeren Sinne am Haushaltsdefizit ist mit ca. 8 Prozent zu beziffern. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hält es folglich weiterhin für geboten, dass ein moderierter Prozess etabliert wird, in dem fraktionsübergreifend diese Art von Ausgaben künftig detailliert beleuchtet werden. Zudem sollte ein Vorgehen erarbeitet werden, um künftige freiwillige Ausgaben stärker als bisher in Abwägung zu den bereits vorhandenen freiwilligen Leistungen zu bewerten und eine inhaltliche wie zeitliche Priorisierung vorzunehmen. Dabei ist es aus Sicht meiner Fraktion notwendig, sich nicht nur auf den konsumtiven Bereich zu beschränken, sondern auch die Investitionen ganzheitlich zu beraten. Gerade wegen der derart angespannten Haushaltslage ist ein Ausloten der Steuerungsmöglichkeiten unbedingt erforderlich.

Komme ich zu den Investitionen. Diese werden mit einem Gesamtvolumen von knapp 24 Mio. € für das kommende Jahr beziffert. Darin enthalten sind aus unserer Sicht notwendige Maßnahmen für die städtische Infrastruktur. Beispielhaft seien der Ausbau des Schulzentrums, der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Hullern und der OGS-Ausbau an der Grundschule Lavesum genannt. Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Hullern reiht sich ein in ein Maßnahmenbündel, um die gesetzlichen Vorschriften zum Brandschutz auch zukünftig zu erfüllen. In diesem Kontext ist die heute beschlossene Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans zu sehen. Neben der Erneuerung von Feuerwehrgerätehäusern wie in Hullern im kommenden Jahr geplant oder wie in Sythen bereits erfolgt, ist zudem eine personelle Verstärkung zur Erzielung der hauptamtlichen Staffelfstärke erforderlich. Hierfür sind 5 zusätzliche Stellen notwendig, die jedoch erst mit dem Stellenplan ab 2026 eingerechnet werden. Für die Verstärkung des Einsatzführungsdienstes wurde eine Lösung durch zusätzliches Engagement der ehrenamtlichen Feuerwehr erzielt.

Ebenfalls im Bereich der Investitionen ist zudem der städtische Anteil an der geplanten zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes NRW (ZUE) am Lippspieker i. H. v. geschätzt 2,6 Mio. € zu sehen. Ich erinnere daran, dass das Land NRW seine Zusage zur vollständigen Kostenübernahme revidierte und die Investitionskosten nur noch bis zu einer Maximalsumme von 12 Mio. € übernimmt. Der darüber hinaus gehende Anteil muss von der Stadt Haltern getragen werden. Die Wut und die Enttäuschung über die fehlende Verlässlichkeit der Entscheider bei der Bezirksregierung und im zuständigen NRW Landesministerium sitzen weiterhin tief. Dabei beschäftigen mich nicht nur die negativen Auswirkungen auf die Finanzlage unserer Stadt. Ich mache mir zudem Sorgen über die Zustände innerhalb und außerhalb der bald entstehenden ZUE. Wir haben Grund zur Annahme, dass Bezirksregierung und NRW Landesministerium die vertraglichen Regelungen zu Sicherstellung von qualitativer Beratung, des unbürokratischen Zugangs Ehrenamtlicher, die Schaffung eines Einrichtungsbeirats sowie die Implementierung eines wirksamen Umfeldmanagements nicht in der von uns geforderten Konkretisierung vornehmen wird. An dieser Stelle erneuere ich mein Versprechen: Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, uns im Sinne der Geflüchteten, der Anwohnerschaft und der gesamten Stadtgesellschaft für eine Konkretisierung dieser Forderungen, für Sicherheit, menschenwürdige Unterbringung und Integration in und außerhalb der Einrichtung einzusetzen.

Ein weiteres Thema, das direkten Bezug zum Haushalt unserer Stadt hat, ist die Grundsteuerreform. In der letzten Sitzung des Rates am 26.09.2024 wurde uns ein Sachstandsbericht vorgestellt, der die Neuerungen mit Anwendungsbeginn ab 01.01.2025 erläuterte. Uns wurde dargelegt, dass die vom Gesetzgeber beabsichtigte Aufkommensneutralität bei Beibehalt der aktuellen Hebesätze nicht erreicht werde und jährliche Mindereinnahmen i.H.v. 360.000 € zu erwarten seien. Da die Stadt Haltern am See bekanntermaßen als Kommune mit angespanntem Wohnungsmarkt identifiziert wurde und die Baulandmobilisierung eine drängende Aufgabe darstellt, schlägt meine Fraktion wie in dem heute eingebrachten Antrag vor, dass die Grundsteuer C für unbebaute, aber baureife Grundstücke in Haltern eingeführt wird. Wir versprechen uns hiervon zweierlei Effekte: einerseits soll das Ziel der Aufkommensneutralität ohne Anpassung der Hebesätze bei der Grundsteuer A und B erreicht werden. Und andererseits erwarten wir eine Steuerungswirkung hinsichtlich des ca. 8,6 ha umfassenden Innenentwicklungspotentials zur Schaffung von Wohnraum.

Zum Thema Wohnraum möchte ich darüber hinaus ausführen, dass bezahlbares Wohnen in unserer lebenswerten Stadt nicht für alle Einkommensschichten möglich ist: Wohnungssuchende müssen ihre Heimatstadt verlassen, weil sie die Miete nicht bezahlen können oder keine Wohnung finden. Insbesondere für die demnächst auf ca. 15.000 Personen ansteigende Zahl der Senior:innen in der Stadt fehlt es zunehmend an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen für 1- 2-Personen-Haushalte. Junge Familien und Normalverdienende können sich bei den steigenden Grundstücks- und Baukosten kaum noch ein Eigenheim im teuren Haltern leisten und weichen ebenfalls auf den Mietwohnungsmarkt aus. Die Nachfrage übersteigt das unzureichende Angebot. Es mangelt vor allem an öffentlich geförderten Wohnungen. Kleinere Maßnahmen zeichnen sich positiv ab, so ist z.B. geplant, im südlichen Teil der Annabergstraße nicht nur Gewerbe anzusiedeln, sondern durch verdichtete Bauformen auch Wohnraum zu schaffen. Um einen Durchbruch zu erzielen, braucht es jedoch ein ganzes Maßnahmenbündel und vor allem mutige und gerechte politische Entscheidungen, um nur zu nennen: Gestaltung der Wohnbauentwicklung über die Bauleitplanung, verbindliche Quoten für geförderten Wohnraum bei allen neuen Bauvorhaben, Schaffung von Wohnraum im Bestand, Nutzung von Förderprogrammen wie „Jung kauft Alt“ sowie eine aktive Bodenvorratspolitik.

Jedes Jahr wiederkehrend fragen wir uns, ob aus dem vorliegenden Haushaltsentwurf ausreichend kommunale Lösungsstrategien zur Bewältigung der Klimakrise ersichtlich sind. Denn die globalen, wie nationalen Klimaziele können nur dann erreicht werden, wenn jede einzelne Kommune ihren Beitrag dazu leistet. Die Notwendigkeit ambitionierter Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen ist aus unserer Sicht gerade deshalb so wichtig, weil eine globale Verstärkung der Bemühungen zum Erreichen der Klimaziele nicht erst nach den US-Wahlen weiter in Ferne rückt. In dieser Weltlage zählt die Leistung jeder einzelnen Kommune. Es zählt die Bemühung eines jeden Einzelnen. Es kommt auf uns an! Schauen wir uns die Lage in Haltern am See an. Im Produkt Klimaschutz werden für 2025 rund 238.000 € ausgewiesen. Hierunter sind verschiedene Maßnahmen zu sehen. Zuletzt wurden uns in der Sitzung des KUMA die Planungen für die kommunale Wärmeplanung vorgestellt. Die Umsetzung soll unter Zuhilfenahme von 220.000 € Landesmitteln erfolgen. Ebenfalls fördermittelbewährt ist ein Projekt für ein Energiemanagement-System, das Mitte nächsten Jahres starten soll und eine Laufzeit von drei Jahren ausweist. Über das Integrierte Freiraumkonzept OSKAR soll der Starkregenschutz verbessert und der Freiraum ökologisch aufgewertet werden. Die Verwaltung informierte uns kürzlich, dass in der ersten Förderstufe Mittel i.H.v. 3,36 Mio. € für das Stadtgebiet angedacht seien. Herauszuheben ist zudem die KRiS-Förderung in blaugrüne Maßnahmen zur Abkopplung von befestigten Flächen im Mischkanalsystem, um eine naturnahe Verwertung von Niederschlagswasser und eine Steigerung der Verdunstungsrate zu erzielen. Hier wird im Umfang von mehr als 20 Mio. € über eine 100-Prozent-Förderung investiert. An dieser Maßnahmenliste zeigt sich, dass der Stadt Haltern und den handelnden Personen die Notwendigkeit der Transformation bewusst ist und erste, wichtige Schritte zum Erreichen der städtischen Klimaziele eingeleitet werden. Einen Wermutstropfen bildet das Ergebnis aus der

Treibhausgasbilanzierung, die ebenfalls im KUMA vorgestellt und nahezu mit einem Vor-Corona-Niveau für die Stadt abschließt.

Bei der Mobilitätswende sehe ich nur wenig ambitionierte Lösungen. So war die Debatte um ein Carsharing-Angebot in Haltern sicherlich keine Sternstunde im Wettkampf zur Erreichung der Mobilitätswende. Meine Kritik richtet sich hierbei nicht an die Verwaltung. Im Gegenteil. Wir erlebten die Mitarbeitenden der Verwaltung als offen und zugewandt, ein Carsharing-Angebot in Haltern umzusetzen. Die Realisierung eines solchen Angebots wird in diesem Falle von CDU, WGH und FDP blockiert, die nicht gewillt sind, einen finanziellen Eigenanteil im schlechtesten Fall i.H.v. 29.000 € pro Jahr über einen Zeitraum von drei Jahren bereitzustellen. Dass das finanzielle Risiko gering und mit hoher Wahrscheinlichkeit gar nicht eintreffen würde, scheint bei den Kolleg:innen der genannten Fraktionen vollkommen außer Acht geblieben zu sein. Ebenfalls nicht relevant dürfte für die genannten Fraktionen gewesen sein, dass das Projekt auf breite Zustimmung in der Bürgerschaft stieß. Anders ist mir Ihre Blockadehaltung nicht zu erklären. Insbesondere dann nicht, wenn ich Revue passieren lasse, dass CDU und FDP noch im Jahr 2021 städtische Förderungen für den Erwerb von Lastenfahrrädern oder PV-Anlagen beantragten. Dies wurde trotz angespannter Haushaltslage mit einer Gesamtsumme von 38.500 € unterstützt. Wie erklären Sie die Befürwortung für diese Einzelmaßnahmen, von denen nur einzelne, wenige Personen begünstigt wurden auf der einen Seite und auf der anderen Seite die ablehnende Haltung gegenüber einem Carsharing-Angebot, von dem die gesamte Stadtgesellschaft profitieren würde, den zahlreichen Bürger:innen, die sogar bereitwillig bis zu vierstelligen Bürgerschaftssummen privat zur Verfügung stellen wollten, um dieses Angebot zu realisieren? Wir als Kommunalpolitiker:innen tragen die Verantwortung für den städtischen Beitrag zur Mobilitätswende. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass sie gelingen kann und dass in Haltern Anreize für klimafreundliche Mobilitätsformen geschaffen werden. Wenn wir jedoch in der bisherigen Form weitermachen, sehe ich schwarz. So bleibt zu hoffen, dass der im Januar erstmalig stattfindende Bürgerrat die Debatte um Halterns Mobilität der Zukunft neu belebt und uns Kommunalpolitiker:innen weitere Impulse für die Umsetzung der Mobilitätswende gibt.

Auf die Frage, ob wir noch stärker vorangehen und politisch mutige Weichen stellen müssen, um die Klimaziele in absehbarer Zeit tatsächlich realisieren zu können, kann ich nur beherzt mit „ja“ antworten. Insbesondere die kürzlich von der Verwaltung vorgelegte Planung zum Ausbau der Koeppstraße lässt an der konsequenten Verfolgung einer Nachhaltigkeitsstrategie und den Klimazielen der Stadt zweifeln. So legte die Verwaltung der Politik tatsächlich eine Planung vor, durch die sechs Kastanien gefällt werden sollten. Dies widersprach dem, was der Rat mit dem ISEK und dem Verkehrskonzept mehrheitlich beschlossen hat: mehr Grün zulasten des Parkraums. Nur durch zahlreiche Kritik aus der Bürgerschaft und klare Voten der Politik wurde diese Planung zurückgezogen. Für uns weiterhin unbegreiflich ist, wie es zu dieser Fehlplanung kommen konnte. Mit Blick auf die Finanzlage der Stadt fragten wir bei der Verwaltung nach, was die Fehlplanung kostete und welche Kosten für eine Alternativplanung veranschlagt werden müssen. In der Sitzung des HFA am 26.11.2024 wurde uns mitgeteilt, dass das ursprüngliche Auftragsvolumen ca. 70.000 € betrug. Sowohl die Kosten für die nun notwendige Alternativplanung als auch ein Zeithorizont, wann diese dem Rat vorgestellt wird, konnte man uns nicht beantworten. Mit Verlaub: bei diesem Vorgang wurde das Geld wahrlich auf die Straße geworfen.

Damit nicht genug. Ein weiteres Kapitel des Baumfrevels ist aus unserer Sicht im Ausbau der Recklinghäuser Straße zu sehen. Entgegen dem Ratsbeschluss, der die Verwaltung beauftragte, Bäume an geeigneter Stelle einzuplanen, ließ die Verwaltung den ersten Bauabschnitt ohne einen einzigen Baum umbauen und stellt für den gesamten Ausbau fest, dass es keine geeignete Stelle für Baumpflanzungen gebe. Damit wird die Chance vertan, den Schritt von der Theorie zur Praxis der klimagerechten Stadtentwicklung vorzunehmen. Im Ergebnis sehen wir an dieser Stelle eine baumlose Gewerbegebietsautobahn. Ich werte das Vorgehen der Verwaltung als Missachtung des Rates und

hätte von Ihnen, Herr Bürgermeister Stegemann, erwartet, dass vor Realisierung der Planung, eine Aussprache mit dem Rat und seinem zuständigen Ausschuss gesucht worden wäre. Denn der politische Wille zur Begrünung dieser Straße war hinlänglich bekannt und beschlossen. Dass die Verwaltung nun gemäß Pressemitteilung vom 20.11.2024 versucht, diesen Planungsfehler dadurch zu heilen, dass Anrainer auf Kosten der Stadt auf ihren privaten Flächen Bäume anpflanzen, wird der städtischen Verantwortung nicht gerecht. Selbstverständlich ist jede Baumneupflanzung begrüßenswert. Dennoch darf es in Zeiten der Klimakrise aus Sicht meiner Fraktion keine Straßenneuplanung geben, bei der die passende Begrünung nicht von vornherein mitgedacht wird. Hier muss die Stadt ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz leisten.

Komme ich nun zur Beurteilung des Stellenplans und den damit einhergehenden Personalkosten. Im kommenden Jahr werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen insgesamt mit rund 38 Mio. € angesetzt. Durch Tarifsteigerungen und der Planung von drei neuen Stellen sind Mehraufwendungen von beinahe 3 Mio. € zu erwarten. Die drei neuen Stellen teilen sich auf, in zwei Stellen für Notfallsanitäter:innen und eine Stelle zur Leistungssachbearbeitung im Jobcenter. Positiv hervorzuheben ist, dass weiterhin die Ausbildung gestärkt und Auszubildende durch die Übernahme eine sichere Beschäftigungsperspektive erhalten. Folglich betrachten wir den Stellenplan für angemessen.

In der Schlussbetrachtung ist festzuhalten, dass aus fachlicher Sicht der Haushaltsentwurf 2025 inklusive des Stellenplans angemessen ist. Die für uns wesentlichen Kritikpunkte, wie Versäumnisse im Bereich der klimagerechten Stadtentwicklung, mangelnde Mitnahme von Politik und Bürgerschaft bei geänderten Rahmenbedingungen von Planungsvorhaben, der weiterhin fehlende Prozess für eine Prioritätensetzung bei freiwilligen Leistungen sowie ebenfalls nur in Ansätzen erkennbare Maßnahmen für eine sozial gerechte Wohnungspolitik habe ich eingehend erläutert. Wir erwarten, dass hier im nächsten Jahr nachgesteuert wird. In einer kontroversen Diskussion haben wir, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen uns schlussendlich dafür entschieden, dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2025 zuzustimmen. Denn in der aktuell krisenbehafteten Welt und der für die Stadt äußerst angespannten Finanzlage, sehen wir in der Zustimmung zur Haushaltsaufstellung auch ein Signal der Sicherheit für die Bürger:innen dieser Stadt.

Danken möchte ich dem Kämmerer und seinem Team sowie den weiteren Mitarbeitenden der Verwaltung, die uns bei den Haushaltsberatungen zur Seite standen und unsere Fragen verständlich und nachvollziehbar beantworteten.